

27

83

Union in Deutschland

Bonn, den 8. September 1983

Bundshaushalt 1984

Der Kurs ist richtig

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf hat die Richtigkeit unserer Entscheidungen bestätigt, stellte Finanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Einbringung des Bundshaushaltes 1984 und der Begleitgesetze am Mittwoch (7. September) im Deutschen Bundestag fest. Aber wir haben noch gewaltige Aufgaben vor uns, die jetzt angepackt werden müssen und die auch angepackt werden.

Im einzelnen sagte der Finanzminister: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entspricht bisher ziemlich genau den Annahmen unseres Jahreswirtschaftsberichtes vom Januar 1983. Eher können wir etwas bessere Ergebnisse erwarten: Der Rückgang des realen **Bruttosozialproduktes** ist gestoppt. Das war die Zielformulierung für 1983. Heute steht so gut wie fest, daß wir tatsächlich — erstmals wieder seit 1980 — mit einem positiven Wachstumsergebnis von $\frac{1}{2}$ bis 1 vom Hundert rechnen können.

Die **Arbeitslosenzahl** dürfte eher etwas niedriger ausfallen, als die im Rahmen der Haushaltsvorsorge angenommene Zahl von 2,35 Millionen im Jahresdurchschnitt. Während die Zahl der Arbeitslosen in

(Fortsetzung Seite 2)

32. Bundesparteitag im Mai 1984 in Stuttgart

Der Bundesvorstand der CDU hat den 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für den 9. bis 11. Mai 1984 nach Stuttgart einberufen. Tagungsort wird die neu errichtete „Hans-Martin-Schleyer-Halle“ sein.

■ BUNDESPARTEI

Flugzeugabschuß ist ein Zeugnis gnadenloser Menschenverachtung

Heiner Geißler: Wo bleiben die Demonstranten der Friedensbewegung? Seite 7

■ HESSENWAHL

Wer klare Verhältnisse will, muß die CDU und Walter Wallmann wählen Seite 11

■ ARBEITSMARKT

Anstieg der Arbeitslosigkeit erstmals seit Mitte 1980 gebremst Seite 13

■ FLUGBLATT

Die SPD steigt aus! Wir sichern Frieden und Freiheit Seite 15

■ DOKUMENTATION

Erläuterungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (Bundshaushalt 1984) grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

den letzten beiden Jahren im August jeweils noch stark zunahm, ist sie in diesem Jahr im August leicht zurückgegangen; die Betriebe meldeten fast 20 Prozent mehr neue offene Stellen als im August 1982.

Die **Verbraucherpreise** werden im Jahresdurchschnitt voraussichtlich nur um 3 Prozent, statt wie angenommen um 4 Prozent, steigen.

Der **Leistungsbilanzüberschuß** wird am Jahresende eher über als unter 10 Milliarden Deutsche Mark liegen.

Uns alle erfüllt mit Sorge, daß wir trotz erster positiver Zeichen auf dem Arbeitsmarkt zunächst noch mit einem weiteren Anstieg der Erwerbslosigkeit rechnen müssen. Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt folgen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegungen erfahrungsgemäß erst mit einer zeitlichen Verzögerung.

Die Aufgabe ist aber vor allem deshalb so groß, weil die Zahl der Erwerbspersonen aus demographischen Gründen noch bis zum Ende dieses Jahrzehnts zunimmt, allein in den Jahren 1983 und 1984 um rund ¼ Million.

Einige Sprecher der SPD entrüsten sich heute darüber, daß wir in unserer Haushaltsplanung für 1984 für eine mögliche Arbeitslosigkeit von bis zu 2,5 Millionen Vorsorge treffen. Ich möchte die sozialdemokratischen Kollegen daran erinnern, daß es Ende 1969, im Jahr ihrer Regierungsübernahme, 192000 Arbeitslose gab und demgegenüber Ende 1982, als wir sie in der Verantwortung abgelöst hatten, 2223000.

Ich frage unsere Kritiker, was sie über ein Jahrzehnt in der Regierungsverantwortung getan haben, um für den schon vor Jahren vorhergesagten wachsenden Bedarf an Arbeits- und Ausbildungsplätzen

Vorsorge zu treffen. Neue Arbeitsplätze entstehen ja nicht über Nacht. Sie entstehen nur, wenn zuvor Kapital gebildet — gespart — wird, das in eine rentable, wettbewerbsfähige Produktion investiert wird.

In den sechziger Jahren wurden noch fast 20 Prozent des Nettosozialprodukts zum Aufbau des Volksvermögens und damit der kapitalmäßigen Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Verbesserung der Produktivität verwendet. 1982 waren es knapp 10 Prozent! 90 Prozent des Nettosozialprodukts wurden verbraucht; zuviel für eine Volkswirtschaft, der im harten internationalen Wettbewerb nichts geschenkt wird. Die Arbeitsplatzlücke von heute ist die Investitionslücke von gestern.

Eine weit überhöhte Staatsverschuldung war Ausdruck der Illusion der siebziger Jahre, mehr verteilen zu können als erwirtschaftet wurde. Der öffentliche Schuldenstand — einschließlich Bahn und Post — belief sich Ende 1982 auf rund 700 Milliarden Deutsche Mark; das entsprach fast der Hälfte des Bruttosozialprodukts. Während sich der Anteil der investiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten verringerte, erhöhte sich gleichzeitig der Anteil der Zinsausgaben von 3,5 Prozent auf 8 Prozent. Allein der Bund mußte für Zinsen 1982 mehr ausgeben — über 22 Milliarden Deutsche Mark — als für Kindergeld, Mutterschutz, Wohngeld und BAföG zusammen.

Im Krisenjahr 1967 wurden 12 Prozent der Nettoersparnis des privaten Sektors durch den staatlichen Kreditbedarf in Anspruch genommen. 1982 lag diese Quote bei über 40 Prozent, bei einem Anteil der öffentlichen Investitionen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen von nur rund 15 Prozent.

Bei dieser Ausgangslage gibt es keine

Wahrmöglichkeit zwischen höherer Neuverschuldung und mehr Wirtschaftswachstum. Ohne Sanierung der öffentlichen Haushalte kann es keine wirkliche wirtschaftliche Gesundung und damit auch keine dauerhafte Lösung der Beschäftigungsprobleme geben. Deshalb sind auch alle noch so intelligenten Selbstfinanzierungsrechnungen neuer staatlicher Beschäftigungsprogramme auf Sand gebaut.

Wenn wir nicht heute der Erschütterung der Grundlagen der Finanzen von Staat und Sozialversicherungen entschlossen entgegenwirken, werden die Opfer morgen für alle Betroffenen noch härter sein.

Nach den Beschlüssen des letzten Herbstes hat die Bundesregierung Ende Juni ihre Entscheidungen für den zweiten Schritt zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen getroffen. Das Ergebnis liegt dem Hohen Hause in einem Bündel von Einzelvorlagen zur Beratung und Beschlußfassung vor: Bundeshaushalt 1984, Finanzplan bis 1987, Haushaltsbegleitgesetz, Steuerentlastungsgesetz, Novellierung des Stahlinvestitionszulagengesetzes, Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern sowie das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung. (Vergl. UfD 24/25/83 — Wortlaut der Beschlüsse — und Dokumentation in dieser Ausgabe — Erläuterungen.)

Gemessen an der Ausgangslage und an den Einschränkungen, die wir den Bürgern zumuten müssen, ist der Konsolidierungseffekt beachtlich. Dennoch: Mehr als ein gutes Zwischenergebnis ist das nicht. Die Nettokreditaufnahme liegt auch 1984 noch über der Verschuldungsgrenze, die Artikel 115 Grundgesetz für eine konjunkturelle Normalsituation vorschreibt.

Deshalb müssen eventuelle Mehreinnah-

men beim Haushaltsvollzug zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt werden. 1985 ist — wie in unserem Finanzplan vorgesehen — die Grenze des Artikels 115 auf jeden Fall einzuhalten. Sollte der Bundesbankgewinn im nächsten Jahr höher ausfallen, muß dies 1984 unser Ziel sein.

Aus den vielen Einzelpunkten unserer Vorlagen will ich einige besonders hervorheben:

Rund 2,5 Milliarden Deutsche Mark sollen gegenüber dem geltenden Recht bei den Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit und bei der Arbeitslosenhilfe gespart werden. Ohne diese Änderungen würde der Bund 1984 hierfür mehr als 14 Milliarden Deutsche Mark aufwenden müssen.

Wir bejahen unsere soziale Verantwortung für die erwerbslosen Mitbürger, und wir müssen zugleich den finanziellen Spielraum für Wirtschaftsbelegung und Regionalpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen und derer, die Arbeit suchen, erweitern. Deshalb halten wir die gezielte Einsparung für notwendig; zugleich erhöhen wir die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für Ausbildungsplätze erheblich.

Die Sparbeschlüsse für den öffentlichen Dienst haben ein sehr unterschiedliches Echo gefunden. Während einige Verbands- und Gewerkschaftsfunktionäre in schwärzesten Farben seinen angeblichen sozialen Niedergang beklagen, meinen viele andere Mitbürger, der Gesetzgeber müsse schon aufgrund der Sicherheit der Arbeitsplätze hier noch wesentlich härtere Eingriffe vornehmen. Beide extreme Positionen sind sicher falsch.

1969 gaben Bund, Länder und Gemeinden für die Gehälter, Löhne und Pensionen im öffentlichen Dienst rund 53 Milliarden Deutsche Mark aus, 1982 waren es 177

Milliarden Deutsche Mark. Seit 1980 die Finanzkrise offenkundig wurde, sind hier rund 30 000 Stellen abgebaut worden.

Wir halten es jetzt für richtiger, auf sehr geringe Steigerungsraten bei den Besoldungserhöhungen hinzuwirken und einzelne Besitzstände zu überprüfen, als den Personalabbau der letzten Jahre fortzusetzen. Der Haushaltsentwurf 1984 sieht beim Bund keine linearen Planstellenkürzungen mehr vor. Damit tragen wir auch der Tatsache Rechnung, daß sehr viele Mitbürger des öffentlichen Dienstes heute durch vorbildliche Pflichterfüllung und ein Mehr an beruflicher Leistung steigenden Aufgaben gerecht werden.

Diese Entscheidung entspricht vor allem auch den Interessen der jungen Menschen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze suchen, und hier steigt die Anziehungskraft des öffentlichen Dienstes ungeachtet der kritischen Kürzung weiter nachhaltig an. Wir halten es deshalb für richtig, die nächste Besoldungs- und Tarifierhöhung für den 1. April 1985 vorzusehen.

Zu vielen Stellungnahmen haben unsere Beschlüsse zum Mutterschaftsgeld geführt. Wir sehen ab 1. Januar 1984 eine Verringerung der Leistungsdauer und des Tagessatzes vor, und wir haben zugleich eine Erweiterung dieser staatlichen Leistung ab 1. Januar 1987 auf alle Mütter angekündigt.

Die erforderlichen Mittel sind in den neuen Finanzplan eingestellt. Heute werden etwa 50 Prozent der Frauen, die ein Kind bekommen, von dieser Hilfe ausgeschlossen, darunter viele mit einem sehr niedrigen Einkommen. Über die Einzelheiten der Neuregelung wird sicherlich noch diskutiert werden.

Aber ich will hier betonen: Die Gleichstellung aller Frauen ist sozialpolitisch und ethisch geboten. Wer die vorgesehenen Einsparungen jetzt

prinzipiell in Frage stellt, gefährdet diese zweite Stufe. Denn die von uns vorgesehene Neuregelung kostet den Bund ab 1987 jährlich rund 100 Millionen Deutsche Mark mehr als das geltende Recht.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz entlasten wir die gesetzlichen Rentenversicherungen 1984 um 5½ Milliarden Deutsche Mark. Wir nehmen damit zugleich auch notwendige Strukturveränderungen vor. So verstößt es beispielsweise gegen die Grundsätze unseres Altersversorgungssystems, wenn immer stärker dort der Weg über Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten beschritten wird, wo die Voraussetzungen für die Altersrente nicht vorliegen.

Im letzten Jahr entfielen über die Hälfte der neu zugewanderten Renten auf verminderte Erwerbsfähigkeit. Um dieses wieder in ein vertretbares Verhältnis zu bringen, hat die Bundesregierung vorgeschlagen, die Festsetzung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten an engere Voraussetzungen einer beitragspflichtigen Tätigkeit zu binden.

Alles in allem sollen die von uns vorgesehenen Maßnahmen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, von Bundesbahn und Bundespost 1984 insgesamt bis zu 11,5 Milliarden Deutsche Mark entlasten. Vor allem die erwähnten Entscheidungen und Planungen für den öffentlichen Dienst führen zu einem deutlichen Rückgang der Neuverschuldung der Länder und Gemeinden.

Das Schwergewicht unserer Vorlage zur Verstärkung des wirtschaftlichen Erneuerungsprozesses liegt im Bereich der Steuerpolitik. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 wollen wir

- die Eigenkapitalbildung der Unternehmen unterstützen,
- ihre Investitions- und Innovationskraft stärken sowie

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter verbessern.

Sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Unternehmen. Im Vordergrund der steuerpolitischen Maßnahmen stehen die Entlastung der Unternehmen bei der ertragsunabhängigen Vermögenssteuer und Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Ich begrüße es besonders, daß der Bundesrat in der vergangenen Woche unserem Konzept zustimmte und auch den Ausgleichsvorschlag bei der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bejaht.

Mit dem Gesetzentwurf zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligung erfüllt die Bundesregierung ihr Versprechen, sofort in der neuen Wahlperiode den zehnjährigen Stillstand in der Vermögenspolitik zu beenden.

Kapitalbeteiligung kann vom Staat aber nicht verordnet werden. Die Neuregelung ist daher vor allem auch ein Angebot an die Tarifvertragsparteien. Die Bundesregierung appelliert an Gewerkschaften und Arbeitgeber, die vermögenspolitische Initiative zu unterstützen und einer breiter gestreuten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital zu verhelfen. Zur Regelung indirekter Teilnahmeformen wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode einen ergänzenden Gesetzentwurf vorlegen.

Gestern hat das Kabinett den 9. Subventionsbericht verabschiedet und veröffentlicht. Vor allem seit 1980 hat die frühere Bundesregierung eine Reihe von Subventionskürzungen vorgenommen. Im Herbst 1982 bauten wir 500 Millionen Deutsche Mark Finanzhilfen ab. Unsere Vorlagen für 1984 gehen weiter. So werden zum Beispiel Neubewilligungen bei der Landabgabenernte nur noch in diesem Jahr erfolgen

und Steuervergünstigungen zur Heizenergieeinsparung auf moderne, noch nicht wirtschaftliche Verfahren beschränkt. Die steuerlichen Vorteile bei Bauherrenmodellen sollen weiter reduziert und Beteiligungen, die ohne echte Gewinnerzielungsabsicht eingegangen werden, steuerlich nicht mehr anerkannt werden.

Aber bestimmte neue Initiativen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik führen auch zu Haushaltsbelastungen, die als Subventionen oder subventionsähnliche Leistungen eingestuft werden: Schuldzinsenabzug für den privaten Wohnungsbau, Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen, die Verstärkung der Gemeinschaftsaufgaben, mehr Mittel für Stadterneuerung und anderes mehr.

Diese staatlichen Hilfen kommen nicht nur den Unternehmen, sondern auch gleichermaßen den privaten Haushalten zugute. Der Anteil der privaten Haushalte an den Subventionen liegt 1984 voraussichtlich bei 54,2 Prozent, der Anteil der Unternehmen bei 45,8 Prozent.

Den stärksten Anstieg bei den Subventionen gegenüber dem Vorjahr haben wir mit 13,5 Prozent im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen; vor allem aufgrund der nachhaltigeren Förderung des Wohnungsbaus, deren wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Begründung jedermann bekannt ist. Trotz der schweren Strukturprobleme in einzelnen Branchen — Kohle, Stahl, Werften — wird der Anteil der Subventionen am Bruttosozialprodukt 1984 voraussichtlich unverändert 1,7 Prozent betragen. Wir werden weitere Entscheidungen für einen Subventionsabbau herbeiführen.

Die Bundesregierung sagt ja zum Sozialstaat. Soziale Sicherheit ist ein Wesenselement der Sozialen Marktwirtschaft. Weil irdisches Leben immer von wirtschaftli-

cher Knappheit bestimmt bleibt, darf der Begriff „Sozialstaat“ aber nicht losgelöst werden von

- **der Frage der Finanzierbarkeit sozialer Leistungen und**
- **der Frage des Leistungsbeitrages jedes einzelnen.**

Ein Sozialstaat auf Pump ist in Wahrheit kein sozialer Staat, sondern eine Versündigung an der Zukunft unseres Volkes.

Die Leitlinien der Finanzpolitik in den kommenden Jahren werden sein:

① Die Neuverschuldung muß unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse weiter zurückgeführt werden. Strenge Ausgabendisziplin bleibt die oberste Richtschnur finanzpolitischen Handelns in den achtziger Jahren.

Wir werden das Wachstum der Staatsausgaben ab 1985 auf 3 Prozent begrenzen und so weiter deutlich unter dem Wachstum des nominalen Sozialprodukts halten. So wird der Staatsanteil schrittweise zurückgeführt und privater Initiative mehr Raum gegeben.

② Gleichzeitig bedeutet Konsolidierung für uns auch die weitere Umschichtung der öffentlichen Ausgaben. Wir müssen die Haushaltsgestaltung in den achtziger Jahren noch stärker von konsumtiven zugunsten zukunftsorientierter und beschäftigungsfördernder Verwendungen ändern.

Das ist ein notwendiger Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik. Neben der Stärkung der Investitionen wollen wir die Voraussetzungen für mehr Flexibilität in der Lebensarbeitszeit und die Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung verbessern.

③ Eine dauerhafte Konsolidierung der Staatsfinanzen ist überhaupt nur mög-

lich, wenn auch die sozialen Sicherungssysteme wieder gefestigt werden.

Die langfristige Verlässlichkeit dieser Systeme für Alter, Krankheit und Wechseljahre des Lebens der Bürger sind wichtiger als jeder einzelne aktuelle Besitzstand. Den Zielen der Neuordnung gehört auch die Selbstverantwortung, zumutbare Eigeninitiative und die Eigenvorsorge zu stärken.

④ Die Steuerpolitik muß auch weiterhin im Dienste der Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen und der Förderung der beruflichen Leistung stehen. Die Bundesregierung wird im ersten Halbjahr 1984 über die Eckdaten einer Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs entscheiden.

Voraussetzungen für eine Realisierung sind hier: Erhebliche Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Umschichtung im Steuersystem auch durch die Einschränkung von Steuersubventionen. In Verbindung damit wollen wir ein Familiensplitting einführen. Bereits 1985 soll eine steuerliche Besserstellung der Alleinerziehenden in Kraft treten.

⑤ Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren viele neue Subventionen abwehren müssen und die bestehenden Subventionen weiter auf ihre Berechtigung hin prüfen.

Dies heißt aber auch: Staatliche Garantien bestimmter Arbeitsplätze kann es nicht geben. Die Sanierung von Unternehmen ist in unserer Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates; er will sie nur in besonderen Fällen übernehmen, wenn diese gelagerten Ausnahmefällen, die staatliche Hilfen gewährt werden, die jedoch an das Vorliegen enger Voraussetzungen gebunden sind — hierzu gehören insbesondere die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe und zukunftsorientierte Unternehmenskonzepte.

BUNDESVORSTAND

Flugzeugabschuß ist ein Zeugnis gnadenloser Menschenverachtung

Den Abschuß einer zivilen südkoreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Kampfflieger und den Tod von 269 unschuldigen Menschen bezeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand der Partei als einen Akt der Barbarei.

Dieses sowjetische Vorgehen zeugt von gnadenloser Menschenverachtung und könne durch nichts gerechtfertigt werden. Es bewiese erneut die harte Entschlossenheit der sowjetischen Führung, sich jederzeit über die international anerkannten Regeln des Zusammenlebens der zivilisierten Welt hinwegzusetzen und Menschenleben zu opfern. Alle bisherigen Erklärungsversuche der sowjetischen Führung unterstrichen die Unfähigkeit des Sowjetsystems, Unrecht einzugesetzen und Wiedergutmachung zu leisten, soweit dies überhaupt möglich sei. „Nach ihrem Überfall auf Afghanistan hat die sowjetische Führung erneut weltweit Vertrauen in ihre Politik zerstört. Ihren wortreichen Erklärungen von Frieden und Entspannung, Gewaltverzicht und Abrüstung steht zum wiederholten Male ihr todbringendes Handeln gegenüber“, erklärte der Parteivorsitzende.

Dieser sowjetischen Politik müsse Einhalt geboten werden. Die sowjetische Führung selbst müsse zur Einsicht kommen, daß ihre Politik der Androhung und Anwendung von Gewalt nur ins Verderben führen könne. „Die Sowjetunion schadet ihren eigenen Interessen, sie isoliert sich innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft und bedroht den Frieden. Nicht die freie Welt, nicht die Atlantische Allianz,

nicht die Nachbarn gefährden die Sowjetunion, sie gefährdet sich selbst, weil sie Gewalt anwendet und die Menschenrechte mißachtet“, sagte Helmut Kohl. Die freie Welt sehe sich einmal mehr darin bestätigt, daß sie ihre eigene Sicherheit nicht vernachlässigen dürfe, wenn sie ihre Freiheit erhalten und den Frieden bewahren wolle. „Einseitige Vorleistungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden von der sowjetischen Führung nicht als Geste guten Willens verstanden, sondern fördern die Gefahr, von den sowjetischen Machthabern als Schwäche mißverstanden und für ihr Machtstreben ausgenutzt zu werden“, fügte Helmut Kohl hinzu. Die Bundesregierung werde deshalb mit ihrer Politik fortfahren, den Frieden in Freiheit im Rahmen der Atlantischen Allianz durch ständige Verteidigungsbereitschaft und entschlossenen Verteidigungswillen zu sichern. Das Gleichgewicht in Europa und weltweit bleibe die Voraussetzung dafür, die sowjetische Politik der Gewaltanwendung einzudämmen. „Die Bundesregierung wird sich auch nicht entmutigen lassen, gemeinsam mit ihren Verbündeten Wege und Mittel zu suchen, die zu Vereinbarungen mit der Sowjetunion führen, die Androhung und Anwendung von Gewalt ausschließen und Abrüstung ermöglichen. Aber wir werden nicht allein auf Worte und Verträge vertrauen, sondern wir fordern von der sowjetischen Führung konkrete Taten“, erklärte Helmut Kohl.

Um so verständlicher seien die immer lauter werdenden Forderungen in den Reihen der SPD, aus der NATO auszutreten. „Die sozialdemokratische Außen- und Si-

cherheitspolitik schwankt zwischen der Befürwortung des westlichen Bündnisses und einem Neutralitätskurs. Führende Politiker der SPD haben immer noch nicht begriffen, daß der Friede nur dann erhalten bleibt und daß nur dann eine Chance zu wirksamer Abrüstung besteht, wenn gegenüber der Sowjetunion ein militärisches Gleichgewicht gewahrt wird.

Das aber ist die Politik des NATO-Doppelbeschlusses. An ihm werden sich die Wege der deutschen Außenpolitik scheiden", meinte der Bundeskanzler. Er wies darauf hin, daß die von gewichtigen Teilen der SPD betriebene Preisgabe des NATO-Doppelbeschlusses die Abrüstungschancen vermindern würde. „Damit aber würde die militärische Überlegenheit der Sowjetunion in Europa festgeschrieben. Dies wäre der Anfang vom Ende des westlichen Bündnisses, dem unser Land seit einer Generation Frieden und Freiheit verdankt“, sagte Helmut Kohl.

Heiner Geißler: Wo bleiben die Demonstrationen der Friedensbewegung?

Die Reaktion weiter Teile der sogenannten Friedensbewegung auf diesen kriegerischen Akt der Sowjetunion ist bezeichnend und entlarvend zugleich, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler.

Sie überschlägt sich in Angriffen auf die USA, eine freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie, und schweigt, von einigen abwiegelnden Erklärungen abgesehen, zu dem Abschluß des Jumbo-Jets ebenso wie zu der einseitigen Vor- und Übertretung der Sowjetunion.

Die Reaktion dieses Teils der sogenannten Friedensbewegung auf den Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine durch die sowjetische Luftwaffe macht deutlich:

— Es geht ihr nicht um die Erhaltung des Friedens in Freiheit, sondern um die Verharmlosung der Bedrohung, die durch die aggressive Militärmacht Sowjetunion für den Frieden in der Welt ausgeht.

— Die „Friedensbewegung“ demonstriert gegen die Demokratie USA, die unsere Freiheit schützt. Aber sie schweigt gegenüber der Diktatur Sowjetunion, die die Freiheit unterdrückt und vor brutalen Missetaten nicht zurückschreckt. Sie verkennet, daß die Spannungen zwischen Ost und West ihre Ursache in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur haben.

Die CDU fordert die „Friedensbewegung“ auf, sich eindeutig von dem brutalen Anschlag der Sowjetunion auf die selbstverständlichen Regeln des Völkerrechts zu distanzieren.

Der hohe moralische Anspruch der „Friedensbewegung“ wird unglaublich, wenn sie weiterhin mit Kommunisten zusammenarbeitet, die sich Frieden nur als Archipel-Gulag-Frieden vorstellen können.

US-Präsident Ronald Reagan hatte wegen des Abschusses der koreanischen Verkehrsflugmaschine Sanktionen angekündigt. In einer Fernsehansprache forderte er zugleich die Sowjetunion auf, den Abschluß zuzugeben, die Hinterbliebenen der Opfer zu entschädigen und daran mitzuarbeiten, daß sich ein solches Ereignis nicht wiederholt. Reagan kündigte an, das schon zweimal verlängerte Verkehrsabkommen mit der Sowjetunion werde nicht verlängert, und die Verhandlungen über wissenschaftlichen und kulturellen Austausch sowie die geplante Eröffnung von Konsulaten in Kiew und New York würden ausgesetzt. Zugleich würden die USA andere Länder bitten, Maßnahmen gegen die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot zu ergreifen, und auf ihre Verbündeten einzuwirken, um den Fluß strategisch wichtiger Güter in die UdSSR zu beenden.

INFORMATION

Helmut Kohl zum Albrecht-Papier

Zu der laufenden Diskussion über das sogenannte Albrecht-Papier erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl: Im Hinblick auf die mittel- und langfristige Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind in den nächsten Jahren wichtige Entscheidungen zu treffen. Sie werden für die internationale wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unseres Landes von erheblicher Bedeutung sein. Über die damit zusammenhängenden Probleme wird auch in der CDU intensiv beraten.

Deshalb habe ich Ernst Albrecht darum gebeten, seine Lagebeurteilung in einem Diskussionspapier für das Präsidium der Partei zusammenzufassen. Ich halte es für wichtig und unverzichtbar, daß eine große Volkspartei fähig ist, auch schwierige Themen offen und sachlich zu diskutieren. Diskussion und notfalls auch kontroverse Auseinandersetzung sind Ausweis einer lebendigen innerparteilichen Demokratie. Entscheidend ist, daß sie im wechselseitigen persönlichen Respekt und im Rahmen der wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien unseres Grundsatzprogramms geführt wird.

Das Thesenpapier von Ernst Albrecht enthält Vorschläge, denen ich zustimme und solche, die ich ablehne. Dazu gehört z.B. auch seine Ausführungen zu der geltenden Mitbestimmungsregelung. Die Mitbestimmung wird nicht angetastet.

Die Grundsätze und Richtlinien der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sind in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 festgelegt. Dieses in sich ausgewogene Konzept bleibt die berechenbare

und verlässliche Rahmenvorgabe für die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft.

Frankfurts Genossen bejubelten Lafontaine

Die Frankfurter SPD hat den Bruch mit der sicherheitspolitischen Konzeption des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt vollzogen. Auf einem Unterbezirksparteitag billigten 330 Delegierte gegen weniger als zehn Stimmen einen Antrag des Unterbezirksvorstandes, in dem die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik abgelehnt wird. Die Mitglieder der SPD werden aufgerufen, „sich im Rahmen des Grundrechtes auf Demonstrationen an gewaltfreien Aktionen gegen Aufrüstung zu beteiligen“. Die SPD habe „Verständnis für persönliche Entscheidungen zum zivilen Ungehorsam im Rahmen der anstehenden Aufrüstung“.

Dem Beschluß des Parteitages war ein Disput zwischen dem Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine und dem sicherheitspolitischen Sprecher der SPD, Karsten Voigt, vorausgegangen. Dabei vertrat Voigt in wesentlichen Punkten die früheren sicherheitspolitischen Vorstellungen von Helmut Schmidt. Aber Voigt ging in seinem Heimatbezirk mit fliegenden Fahnen unter. Die Delegierten begleiteten seine Rede mit Stühlerücken und Gesprächen über die Tische hinweg. Nicht Voigt, sondern Lafontaine war für sie der Star des Abends. Ihm huldigten sie mit wahren Beifallsstürmen. Der Gastredner stellte sich vorbehaltlos hinter den Antrag des Unterbezirksvorstandes: „Die SPD trägt keine Schritte der nuklearen Hochrüstung mehr mit.“

Lafontaine zitierte den Vers: „Alle Räder stehen still/Wenn dein starker Arm es will“ und forderte: „Es müßte doch mal ausprobiert werden, ob die internationale Arbeiterbewegung nicht etwas mehr gegen die

Hochrüstung vermag." Gegen die Produktion von Rüstungsgütern solle das Instrument des „Produktionsstreiks“ wieder aufgegriffen werden.

Erster Schritt zum Europa-Paß

Zu dem Entwurf der Bundesregierung für ein neues Paßgesetz erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner: Ich begrüße das als ersten Schritt zu der von allen Europäern gewünschten Paß-Union. Künftig werden sich die Bürger der Europäischen Gemeinschaft mit einem einheitlichen Paß ausweisen können. Es war an der Zeit, daß die europäische Integration im Alltag wieder einmal spürbar wird. Wir dürfen aber beim einheitlichen europäischen Paß-Formular nicht stehenbleiben. Ich bin sicher, daß sich die Einführung des Europa-Passes mit spürbaren Erleichterungen beim Grenzübertritt verbinden läßt, indem z.B. die Inhaber von Europa-Pässen schneller abgefertigt werden oder auf Flughäfen besondere Abfertigungsspuren erhalten können.

Heuchelei

Es ist der Gipfel der Heuchelei, wenn der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, MdB Schäfer, den geplanten neuen Personalausweis für „weit gefährlicher“ als die Volkszählung hält. Nach dem Hinterherlaufen bei der Anti-Volkszählungsaktion der Grünen biedert sich die SPD jetzt in schamloser Weise bei der „Anti-Aktion Personalausweis“ an. Von der Glaubwürdigkeit einer Partei, die zunächst alles mitbeschließt — so auch die Einführung des neuen Personalausweises — und dann aus opportunistischen Gründen das nicht mehr wahrhaben will, ist nichts zu halten. Abgesehen davon, daß es purer Unsinn ist, von „Datenschutzfeindlichkeit“ der neuen Bundesregierung zu reden.

Brandanschlag auf CDU-Geschäftsstelle

Bei einem Brandanschlag auf die CDU-Landesgeschäftsstelle in Hamburg ist es nur einem glücklichen Umstand zu verdanken, daß Menschen nicht zu Schaden kamen. An diesem Beispiel sinnloser Gewaltausübung wird sichtbar, daß solche Taten die Folge einer zunehmenden Duldung und Verherrlichung von Gewalt in unserem Land sind. Die CDU wird sich in ihrer Arbeit für Frieden und Freiheit durch die Prediger des Hasses und ihre kriminellen Helfershelfer nicht beirren lassen.

Mehr Arbeitslose in beruflichen Bildungsmaßnahmen

Trotz der angespannten Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit wird die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen verstärkt gefördert. Im ersten Halbjahr 1983 traten 144 100 Arbeitnehmer neu in berufliche Bildungsmaßnahmen ein. Das waren 15 700 oder 12,3 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Anteil der Frauen hat sich hierbei mit 31,1 Prozent gehalten.

Auffallend ist, daß sich der Anteil derjenigen, die vorher arbeitslos waren, von 54,1 Prozent im Vorjahr auf 63,9 Prozent erhöht hat. Bei den Teilnehmern an Umschulungsmaßnahmen betrug dieser Anteil sogar 83 Prozent.

Diese Entwicklung zeige, so Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, daß die Arbeitnehmer ungeachtet der derzeitigen Arbeitsmarktsituation die Bedeutung der beruflichen Qualifizierung erkannt haben. Insbesondere Arbeitslose nähmen verstärkt die Chance wahr, die Zeit der Arbeitslosigkeit sinnvoll für eine weitergehende Qualifizierung oder gar eine berufliche Neuorientierung zu nutzen.

■ HESSENWAHL

Wer klare Verhältnisse will, muß die CDU und Walter Wallmann wählen

Die hessische CDU will bei der vorgezogenen Neuwahl des Landtages am 25. September eine „rotgrüne Koalition verhindern“ und den von Bundeskanzler Kohl begonnenen Aufschwung auch auf Landesebene absichern. Der hessische CDU-Landesvorsitzende und Bewerber für das Amt des Regierungschefs, Walter Wallmann, hob auf dem Marburger Parteitag vor den Delegierten hervor, daß die CDU eine Koalition mit der FDP anstrebt, wenn den Liberalen die Rückkehr in das Wiesbadener Landesparlament gelingt.

Im Mittelpunkt des Wahlprogramms der CDU steht die Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Dabei sollen bei einer Regierungsübernahme die Voraussetzungen für weiteren Zinsabbau geschaffen, die Steuerlast gesenkt und Hemmnisse für private Investitionen beseitigt werden. Staatliche Ausgabenprogramme werden abgelehnt. Vorrangiges Ziel sei die Sanierung des Landeshaushalts. Die CDU bekennt sich außerdem zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, zum Ausbau des Frankfurter Flughafens und zur Verwirklichung einer Reihe von Verkehrsprojekten. Wallmann unterstrich, daß ein Bündnis zwischen der CDU und der FDP über die vierjährige Legislaturperiode des Landtags hinaus angelegt sein sollte, weil Landespolitik langfristig ausgerichtet sein müsse. Auch aus bundespolitischer Sicht wäre eine christlich-liberale Koalition in Hessen wünschenswert als Hilfe für die Bonner Koalition der Mitte.

Für seine Grundsatzrede erhielt Walter

Wallmann von den ca. 500 Delegierten langanhaltenden und begeisterten Applaus, auch von Alfred Dregger, dem Ehrenvorsitzenden der hessischen CDU und Fraktionschef der CDU/CSU in Bonn.

Auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden setzte sich Walter Wallmann für eine Wirtschaftsbelebung durch Steuersenkungen ein. Es sei ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Steuererleichterungen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem „Normalbürger“ zu gewähren, der mit einem Steuer- und Abgabenteil von derzeit 42,5 Prozent am Sozialprodukt unerträglich hoch belastet sei. Eine von ihm geführte hessische Landesregierung werde sich in der nächsten Legislaturperiode im Bundesrat für die Verwirklichung der bereits im Oktober 1982 grundsätzlich zwischen den Koalitionspartnern in Bonn vereinbarte Steuerentlastungen einsetzen.

Wenn die Bevölkerung der CDU am 25. September das Vertrauen ausspricht, wird das Land Hessen unverzüglich aktive und mutige Beiträge zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Belebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Staatsfinanzen als Voraussetzung für eine Senkung der Steuerlastquote einleiten. Allerdings ist die Bewältigung der durch die unverantwortliche Schuldenpolitik der SPD entstandenen desolaten Finanzlage des Landes eine ungeheuer schwierige Aufgabe, deren Dauer zeitlich nicht sicher vorhergesagt werden kann. Notwendig ist eine große, gemeinschaftliche Anstrengung von Kommunen, Land und Bund, damit die Hypotheken der SPD-Vergangenheit abgetragen werden können. Die erste Aufgabe einer von der CDU geführten Lan-

desregierung wird die unverzügliche Verabschiedung des Landeshaushaltes für 1983 sein. Allerdings wird erst der Haushalt 1984 in vollem Umfange von der Politik einer von der Union geführten Landesregierung geprägt sein können.

Zur Unterstützung des von der Bundesregierung eingeleiteten wirtschaftlichen Aufschwungskurses sind öffentliche Förderungsmaßnahmen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen von höchster Bedeutung. Eine scharfe Kürzung öffentlicher Investitionen ist deshalb angesichts der immer noch hohen Arbeitslosenzahlen jetzt nicht zu vertreten. Eine CDU-geführte Landesregierung wird Investitionsimpulse durch Zukunftsprojekte in einer Größenordnung von mehreren 10000 Arbeitsplätzen setzen. Dabei kommt den Sektoren Energiewirtschaft, Medien- und Umweltschutztechnologien besondere Bedeutung zu.

Konkret bedeutet dies: Zügige Verwirklichung wichtiger Straßenbauprojekte, Umgehungsstraßen zur Entlastung von Ortskernen, Förderung des Wohnungsbaues, private Technologie- und Bauinitiativen im Sektor Rundfunk und Fernsehen.

Generalsekretär Kanther stellte in Bonn sowohl die Werbemittel der Partei als auch die politische Grundrichtung der CDU-Kampagne vor und erklärte u. a., daß sich die Union besonders an die Arbeitnehmerschaft in Hessen wendet. Bisherigen Stammwählern der SPD soll in den nächsten Wochen durch gute Argumente belegt werden, daß nur die Union in der Lage sei, die hessischen Beiträge für den wirtschaftlichen Aufschwung zu mobilisieren. Die Übermittlung dieser „Botschaft des Aufschwungs“ lege die CDU vor allem in die Hände ihres neuen Spitzenkandidaten Walter Wallmann, der als Frankfurter Oberbürgermeister bereits gezeigt habe, daß er mit besonders schwierigen Situationen fertig werden könne. Wallmanns Bild beherrsche deshalb auch die CDU-Werbemittel.

Die Meinungsforscher hätten der CDU für

ihren Spitzenkandidaten eine überaus positive Einschätzung durch die Wahlbürger übermittelt. Mit Walter Wallmann werde auch deutlich gemacht werden, daß die CDU in Hessen eine handlungsfähige und politische Kraft sei, während der SPD die innere Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen des Landes ebenso fehle wie die geschlossene Solidarität hinter ihrem Spitzenmann Börner.

Nach Kanthers Darstellung geben die Zahlen der Meinungsbefrager zweifelsfrei wieder, daß die SPD die 40-Prozent-Hürde kaum übersteigen könne und eine Chance zur Bildung einer Landesregierung nur mit den Grünen habe. Dies aber sei nicht nur „Gift für den Aufschwung“, sondern auch das Ende eines klaren Arbeitnehmer-Profiles der SPD. Kanther stellte fest, außer dem „Nein“ zu allen Maßnahmen der neuen Bundesregierung falle der hessischen SPD nichts ein. Es gehe ihr ausschließlich um Machterhalt mit Hilfe der Grünen. Um dieses „für Hessen schlechteste“ Ergebnis zu vermeiden, ziele die CDU auf eine breitangelegte Motivation ihrer Anhänger und skeptisch gewordener früherer SPD-Wähler.

Bei der FDP, so Manfred Kanther, sei eine aufsteigende Tendenz unübersehbar, so daß bei anhaltender Aufwärtsbewegung der Wiedereinzug der Liberalen in den hessischen Landtag möglich erscheine.

Kanther teilte ferner mit, für die Grünen habe das Meinungsforschungsinstitut 9,9 Prozent ermittelt, so daß von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem rotgrünen Polit-Kartell einerseits und der Union andererseits gesprochen werden könne.

Der Anteil der Unentschiedenen in der Wählerschaft beträgt nach Darstellung Kanthers entsprechend der neuesten Umfrage z. Z. 15 Prozent. Die CDU werde sich in der Endphase des Wahlkampfes besonders auf diese Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern konzentrieren, die noch nicht genau wüßten, welchen politischen Weg sie einschlagen sollten.

ARBEITSMARKT

Anstieg der Arbeitslosigkeit erstmals seit Mitte 1980 gebremst

Erstmalig seit Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen im August 1983 gegenüber Juli nicht gestiegen, sondern leicht gesunken. Viele Anzeichen sprechen für eine positive Arbeitsmarktentwicklung auch im September.

Entsprechend den Prognosen der Bundesregierung wie auch der Wirtschaftsforschungsinstitute ist damit in der zweiten Jahreshälfte 1983 der starke kontinuierliche Anstieg der Arbeitslosigkeit erstmalig seit Mitte 1980 gebremst. Dies ist zweifellos ein wichtiger beschäftigungspolitischer gemeinsamer Anfangserfolg der Wirtschaft, der Sozialpartner und der Regierung Kohl, deren Dringlichkeitsmaßnahmen zu greifen beginnen, Arbeitsgruppe Haimo George, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Bonn dazu fest.

Wie bereits in zurückliegenden Jahren jeweils im Spätsommer/Frühherbst liegt auch im August 1983 die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 20 Jahren über dem Durchschnitt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Übergang der Jahrgänge der Schulentlassenen in das berufliche Ausbildungssystem jedes Jahr mehrere Monate erfordert und im wesentlichen im Oktober zum Abschluß kommt. In diesem Jahr mit einer besonders großen Zahl Schulentlassener gibt es naturgemäß eine besonders schwierige Übergangsphase.

Es bleibt aber festzustellen:
— die Wirtschaft ist erfolgreich bemüht — entsprechend ihrer Zusage —, die Zahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen;

— eine handfeste Übersicht über die Ausbildungsstellensituation wird erst Ende November/Anfang Dezember vorliegen. Sie wird mit Sicherheit besser sein, als die SPD derzeit mit Flugblättern und Lamentos glauben machen will.

Eine vorurteilsfreie Beurteilung der Arbeitsmarktentwicklung muß sich an den saisonbereinigten Monatszahlen und an der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl orientieren; diese weisen eine Verbesserung der Entwicklung aus. Es besteht kein Grund zur Erzeugung einer Panikstimmung, wie es die SPD versucht, indem sie das Gespenst von über drei Millionen Arbeitslosen an die Wand malt. Sie hat die geringste Berechtigung, Horrorprognosen zu stellen. Ist sie es doch, die auch wegen beschäftigungspolitischen Versagens die Regierungsverantwortung verloren und der Regierung Kohl die größte Massenarbeitslosigkeit der Nachkriegsgeschichte überantwortet hat.

Die leider immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eine „politische Erblast“ der früheren SPD-Regierung Schmidt. Sie hat trotz des Nachrückens starker Jugendjahrgänge in das Erwerbsalter die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer nicht rechtzeitig und dann nicht ausreichend gebremst, was in den nächsten Jahren den Zwang zu Arbeitserlaubnissen für Hunderttausende von Ausländern — Ablauf der Wartefristen — auslöst.

Die Bundesregierung legt daher für die mehrjährige Finanzplanung bis 1987 realistisch für 1984 nochmals einen Anstieg der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit um etwa 150 000 gegenüber 1983 auf etwa 2,5 Millionen zugrunde.

Terminplanung für Präsidiums-, Bundesvorstands- und Bundesausschußsitzungen der CDU

2. Halbjahr 1983

26. September 1983	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
26. September 1983	Montag	11.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
17. Oktober 1983	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
24. Oktober 1983	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
24. Oktober 1983	Montag	11.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
7. November 1983	Montag	10.00 Uhr	Präsidium	Bonn
21. November 1983	Montag	10.00 Uhr	Präsidium	Bonn
21. November 1983	Montag	11.30 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
12. Dezember 1983	Montag	10.00 Uhr	Präsidium	Bonn
12. Dezember 1983	Montag	11.30 Uhr	Bundesausschuß	Bonn

■ KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG

Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit

„Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ lautet das Thema der Seminare der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., die aufgrund des großen Zuspruches auch im zweiten Halbjahr 1983 durchgeführt werden. In den Seminaren steht das praktische Üben in verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund.

Als Termine sind vorgesehen:

2. Oktober bis 5. Oktober

30. November bis 3. Dezember

Interessenten melden sich bitte bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heimvolkshochschule Eichholz

Postfach 29

5047 Wesseling

Telefon (0 22 36) 70 71

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind die Teilnehmer Gäste des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60 DM erhoben (bei Wochenendaustauschleistungen 40 DM). Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20 DM erstattet.

Woche der ausländischen Mitbürger vom

25. September bis 1. Oktober

Kardinal Höffner, Metropolit Augoustinos und Landesbischof Lohse haben wieder zur Woche der ausländischen Mitbürger unter dem Motto „Ängste überwinden – zur Nachbarschaft finden“ aufgerufen. Die Kirchen haben alle Kräfte in den Gemeinden wie Schulen, Behörden, Gewerkschaften, Ausländerorganisationen, Vereine, Bürgerinitiativen und Parteien aufgefordert, sich an dieser Woche zu beteiligen. Auch CDU-Mitglieder sind angesprochen.

Zur Sache:

Die SPD steigt aus! Wir sichern Frieden und Freiheit.

SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine:

„Die Bundesrepublik muß das Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO wagen und atomwaffenfrei werden“

(Der Spiegel Nr. 35/1983 vom 29.08.1983, S. 53).

Seit fast 40 Jahren hat es in Mitteleuropa keinen Krieg gegeben, während ringsum in der Welt etwa 140 Kriege geführt wurden. Diese Friedensperiode in Europa haben wir dem Atlantischen Bündnis zu verdanken.

Wer — wie SPD-Vorstandsmitglied Lafontaine — unsere Mitgliedschaft in der NATO infrage stellt, verzichtet auf Sicherheit und gefährdet den Frieden in Freiheit.

Wer — wie die SPD und die Friedensbewegung — aus dem NATO-Doppelbeschluß aussteigt, schwächt die Verhandlungsposition des Westens und gefährdet einen Abrüstungserfolg in Genf.

Die CDU will abrüsten. Der NATO-Doppelbeschluß enthält ein faires Angebot an die Sowjetunion zur gleichgewichtigen Abrüstung. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl tut alles, damit die Abrüstungsverhandlungen in Genf erfolgreich sind: Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

**Wir wollen, daß es nie mehr Krieg gibt,
und wir wollen frei sein und frei bleiben.
Das ist der Sinn unserer Friedenspolitik.**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Flucht in die Idylle

Will die hessische SPD in ihrem Eifer, grüner zu sein als die Grünen, aus dem Bundesland Hessen ein großes Dorf machen? Im Landtagswahlkampf wirbt die Partei mit einem Großflächenplakat, das ein Dorf in einer malerischen Landschaft zeigt. „Hessen wieder vorn“ verspricht die SPD, ohne daß der Betrachter erkennen kann, was an dieser weltflüchtigen Idylle „vorn“ sein soll. Auf der heilen Plakatwelt ist nicht einmal einer jener Bauten zu entdecken, die die hessische SPD bisher für Höhepunkte sozialdemokratischen Kulturschaffens hielt: eine integrierte Gesamtschule oder eine sogenannte „Mehrzweckhalle“. Noch weniger scheint dieses Dorf Probleme und Schwierigkeiten zu kennen. Es ruht in sich selbst, zeitlos, ohne Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. So wird auf dem Plakat deutlich, was sich auf vielen Gebieten erweist: Die hessische SPD verabschiedet sich aus der Wirklichkeit. Ihr Traum von der Mandatsmehrheit im Land-

tag, an den sie selbst nicht glaubt, doch den sie fleißig propagiert, um sich die Frage „Wie steht die SPD zu den Grünen“ und damit eine Identitätskrise zu ersparen, ist dafür nur ein Beispiel. Mag sein, daß die Hessen-SPD mit ihrer Flucht aus der Wirklichkeit das Lebensgefühl vieler Menschen trifft. Doch regieren läßt sich damit nicht.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“
5. September 1983)

Es ist das Konzept Walter Wallmanns, vor Ort zu gehen und mit Argumenten Vertrauen zu werben. Zu diesem Konzept gehören „Gespräche mit der Jugend“, wie sie Wallmann schon in Runkel bei Limburg geführt hat, Auftritte in Bürgerhäusern und eben auch in Industriezentren, wo sich die Wahl entscheiden wird; denn ohne neue Stimmen aus dem SPD-Reservoir kann die CDU die Wahl auch diesmal nicht gewinnen. Mit offenem Visier zu kämpfen, nichts versprechen, was nicht gehalten werden kann, sich den Bürgern zu stellen, sich von ihnen die Pflicht nehmen zu lassen — das ist das immer wiederholte Gebot Wallmanns. In Frankfurt hat er damit Erfolg gehabt.

(„Die Welt“, 1. September 1983)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41 11.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 -3 04. **Verleger:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50 00).
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50 00).
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD